

Offene Worte

Online Nr. 91

Zeitung der LINKEN für den Barnim 10. März 2021, 30. Jahrg.

Fast jeder Dritte arbeitet in Brandenburg für Niedriglohn

Bis Ende August 2020 mussten bereits 15,5 Millionen Haushalte in Deutschland Einkommenseinbußen hinnehmen. Besonders betroffen sind Gering- und Normalverdiener sowie Selbstständige. Ihre Zahl wird sich in Folge der Corona-Pandemie weiter erhöhen. Auch der Anteil von Frauen in Teilzeit erhöht sich. Laut Statistischem Landesamt ist er in Brandenburg auf 37,2 Prozent gestiegen.

„Dass die Ungleichheit auch in Brandenburg wächst, verwundert mich nicht und zeichnet sich bereits seit langem ab“, betont die frauenpolitische Sprecherin der LINKEN im Brandenburger Landtag, Bettina Fortunato. „Seit nunmehr 16 Jahren spüren wir die Folgen der sogenannten Agenda Politik. 2005 hatte die SPD das System Hartz IV eingeführt und bis heute nicht angerührt. Man kann gespannt sein, ob sich das mit dem neuen SPD Wahlprogramm tatsächlich ändert“.

Gleichzeitig geht aus einem Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hervor, der alle 4 Jahre erstellt wird, dass Deutschland ein Niedriglohnland bleibt. Laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen arbeiten in Brandenburg 31,1 Prozent der Beschäftigten im untersten Lohnsegment. Dadurch entsteht ein Teufelskreis: Schlechtere Löhne und unsichere Arbeitsverhältnisse führen zu niedrigeren Renten. „Wir müssen hier endlich gegensteuern“, fordert Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag. „Wir brauchen eine Mindestsicherung, die armutsfest und sanktionsfrei ist. Sie muss etwa 1.050 Euro netto im Monat betragen. Entsprechend einer Studie der Bertelsmann-Stiftung liegt der Anteil der Kinder in Haushalten mit Alleinerziehenden, die Sozialleistungen beziehen, in Brandenburg bei 55,2 Prozent – das ist der höchste Wert bundesweit.“ **PM**



»Abgeordneten die Nebentätigkeit als bezahlte Lobbyisten gesetzlich verbieten!«

Jan Korte

Billigimporte in EU sanktionieren

Europa: Konservative blockieren Hilfe für umweltfreundliche Produktion/
LINKE: Bessere Arbeitsbedingungen sollen unterstützt werden

„Die Europäische Kommission muss mit finanziellen Instrumenten verhindern, dass Produkte in die EU importiert werden, die umweltschädlicher als in Europa produziert wurden.“ Das forderte der handelspolitische Sprecher von THE LEFT (Zusammenschluss der Linken im EU-Parlament), Helmut Scholz, am 8. März in Brüssel. Im Plenum stand eine CO2-Abgabe auf Importe aus weniger klimafreundlichen Ländern und die Verhinderung der Verlagerung von Emissionen in Drittstaaten zur Debatte.

„Europäische Unternehmen beklagen seit langem, dass ihre Ambitionen, auf umweltfreundlichere Produktionsweisen umzustellen, durch Billigimporte von umweltschädlich hergestellten Produkten unterwandert werden“, erklärte der LINKE-Politiker. „Deshalb diskutieren wir im Europaparlament schon länger darüber, wie der Kostennachteil ausgeglichen werden

könnte.“ Die EU-Kommission habe inzwischen angekündigt, in Kürze einen Vorschlag zu präsentieren, wie ein solcher finanzieller Ausgleich aussehen könnte.

„Das Ziel ist richtig und wichtig“, so der Handelsexperte weiter. „Leider wurden im Umweltausschuss von den konservativen Fraktionen alle Register zur Verwässerung der Forderungen gezogen. Die Herausnahme der energieintensiven Industrien ist dabei ein klares Eigentor. Gerade die EU-Stahlindustrie, die unter Stahlimporten leidet, wird so während ihrer Umstellung auf die Produktion mit grünem Wasserstoff nicht ausreichend unterstützt.“

Als positiv bewertete Helmut Scholz, dass nicht nur Umweltkriterien bei der geplanten Abgabe eine Rolle spielen sollen, sondern auch Arbeitsbedingungen. „Das ist ein klarer Erfolg für uns Linke im Parlament.“

Felix Thier

Heute entscheidet der Kreistag über Verlängerung und Verbesserung des Barnimer Corona-Härtefallfonds

Die Verlängerung des Corona-Härtefallfonds steht heute im Barnimer Kreistag zur Abstimmung. Dazu haben sich die Fraktionen von LINKEN, CDU, SPD, Grünen, FDP und BFB zuvor verständigt, wie sie diesen Härtefallfonds verbessern wollen. Denn bisher wurden von den seit September für den Barnim zur Verfügung stehenden Geldern in Höhe einer halben Million Euro nur etwa 75.000 Euro in Anspruch genommen. „Woran liegt das?“ fragte sich die Fraktion der LINKEN im Kreistag, erläutert Lutz Kupitz, Vorsitzender der Kreistagsfraktion. „Sind die Regelungen zu kompliziert? Trauen sich Berechtigte nicht, die Leistung zu beantragen aus Angst vor Rückforderungen? Ist die mögliche Unterstützung durch den Landkreis einfach unbekannt?“ fasst Kupitz Diskussionen in der Fraktion der LINKEN zusammen. „Auch auf unsere Initiative hat der Wirtschaftsausschuss des Kreistages einstimmig beschlossen, dass es Verbesserungen geben soll. So wird Umsatzverlust als Basis für die Antragstellung von 60 auf 50 Prozent abgesenkt, es sollen verstärkt Betrachtungen des Einzelfalls möglich sein und die Antragstellung wird bis zum 30. September verlängert.“ Diese Änderungen stehen nun in einem gemeinsamen Antrag vieler Fraktionen zur Abstimmung im Kreistag am 10. März.

Barnimer Soloselbstständige, Kleinbetriebe und Vereine, die keine Unterstützung von Bund oder Land erhalten, können Gelder aus dem Härtefallfonds des Kreises erhalten: bis 5 Beschäftigte bis zu 5.000 Euro, Kleinbetriebe und Vereine mit 6 bis 10 Beschäftigten bis 10.000 Euro. Mehr Infos, Link zur Antragstellung in OWO vom 14. Februar 2021. **(bc)**



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW
am 14. März